

# DIE STRATEGISCHE ROLLE DER UNIVERSITÄTEN IN TUNESIEN

4. APRIL 2016

*Von Karl Wohlmuth*

Die Entwicklungsökonominnen der Forschungsgruppe „Afrikanische Entwicklungsperspektiven“ an der Universität Bremen geben seit 1989 ein internationales Afrikajahrbuch heraus (zu: [African Development Perspectives Yearbook](#)). Durch die Kooperation mit tunesischen universitären Partnern gewinnen sie wichtige Einsichten hinsichtlich der Rolle des tertiären Bildungswesens (Universitäten) im Entwicklungs- und Transformationsprozess des Landes. Ein Beratungs- und Forschungsprojekt, das gemeinsam mit tunesischen Partnern durchgeführt wird, zeigt, dass Wirtschaftsreformen in Tunesien nur dann Erfolg haben können, wenn der tertiäre Bildungssektor gezielt in den anstehenden Reformprozess einbezogen wird.

Vor etwa zwei Jahren bat der Präsident der tunesischen Vereinigung für die Förderung von Wissenschaft, Technologie und Innovation (TAASTI) die Forschungsgruppe um Unterstützung beim Aufbau eines innovativen neuen Studienganges an der ingenieurwissenschaftlichen Spitzenfakultät ENIT (Ecole Nationale d'Ingenieurs de Tunis). Der neue Studiengang „Engineering and Technology Policy“ (zu: [Masterprogramm ETP](#)) ist in der Zwischenzeit eingerichtet worden. Seit September 2015 ist das Masterprogramm angelaufen. Die Intention des neuen Studienganges ist es, Ingenieure zu befähigen, neben ihrer Fachkompetenz auch den politischen Kontext der notwendigen Reformen im Wirtschafts-, Technologie- und Wissenschaftssystem zu reflektieren. Nur so können sie Reformen in den Unternehmen und in den öffentlichen Verwaltungen vorschlagen und durchsetzen.

## **Die Universitäten als „Reformtreiber“**

Die Beratungen und Forschungsarbeiten in Tunis und in Bremen (bei Fact Finding Missions, Seminaren, internationalen Konferenzen, und Konsultationen zum neuen Studiengang und zur Wirtschaftsreform in Tunesien) haben aber gezeigt, dass noch ein sehr weiter Weg zurückzulegen ist, um das universitäre Ausbildungssystem in Tunesien zu einem „Reformtreiber“ zu machen. Fünf Jahre nach der politischen Revolution vom 14. Januar 2011 stehen die Wirtschafts-, Wissenschafts- und Bildungssystemreformen in Tunesien noch ganz am Anfang. Es ist die Rede von einer „unvollendeten Revolution“ (zu: [World Bank 2014](#), [Bass/Wohlmuth 2014](#) und [Wohlmuth 2014](#)), da bisher zwar politische Reformen (Parteiengründungen, Stärkung der zivilgesellschaftlichen Einrichtungen, Wahlen des Präsidenten und des Parlaments, Bildung einer Koalitionsregierung) vorangekommen sind. Die meisten Reformvorhaben im Bereich von Wirtschaft, Bildung und Wissenschaft sind aber noch nicht weit gediehen (Wohlmuth 2015, Bass 2015, Wohlmuth et al. 2016).



Die Spitzenfakultät ENIT hat mit der Unterstützung der Uni Bremen das Engineering and Technology Policy (ETP)-Masterprogramm etabliert. © K. Wohlmuth

Das tertiäre Bildungssystem ist von der Reformverzögerung besonders betroffen. Den Universitäten fehlt die Autonomie, den Wissenschaftlern ein Handlungsspielraum für eigene Projekte und Kooperationen. Die bürokratischen Hürden für den Aufbau von neuen Studiengängen und die Reform der Curricula sind enorm. Entsprechend schlecht sind die beruflichen Perspektiven der Studierenden. Die Arbeitslosigkeit von akademisch Ausgebildeten liegt nach offiziellen Angaben bei etwa 30 Prozent. Auch viele Ingenieure sind arbeitslos. Zwei Hauptprobleme sind dafür maßgeblich: erstens entspricht das universitäre Angebot nicht den Bedarfen der Wirtschaft, und zweitens ist die Nachfrage nach akademisch Ausgebildeten wegen fehlender Wirtschafts- und Strukturreformen zu gering.

### **Hohe Arbeitslosigkeit von Akademikern**

Bei einer im Februar 2016 in Hammamet, Tunesien, veranstalteten internationalen Konferenz des Projekts zur „Reindustrialisierung in Tunesien mit dem Ziel des inklusiven und nachhaltigen Wachstums“ wurde deutlich, dass – neben Reformen im Bildungsbereich – tiefgehende Wirtschaftsreformen notwendig sind, um die hohe Arbeitslosigkeit von akademisch Ausgebildeten zu reduzieren und die Universitäten wieder zu einem wichtigen Faktor bei der Transformation zu machen. Tunesien hat an Wettbewerbsfähigkeit im Export verloren, die Arbeitslosigkeit steigt, die Investoren und Touristen bleiben aus, und die Infrastruktur verfällt. Die Ursache liegt vor allem an einem Wirtschaftsmodell, das seit den 1970er Jahren kaum verändert wurde. Das ökonomische System ist überaus bürokratisch; die Privatwirtschaft wird durch unzählige Regulierungen, hohe Steuern und Abgaben belastet, und die Unternehmen können daher nicht wachsen; die inkonsistente Regulierung der Arbeitsmärkte führt zu einem schnellen Anstieg prekärer Arbeitsverhältnisse; und der Exportsektor wird seit Jahrzehnten zu Lasten der heimischen Wirtschaftssektoren privilegiert. Durch die Privilegierung des Exportsektors sollten ausländische Investoren dazu gebracht werden, in Tunesien Arbeitsplätze zu schaffen. Allerdings hat dieses Modell die gesamtwirtschaftliche Entwicklung beeinträchtigt und zu einer Niedriglohnproduktion ohne Modernisierungsperspektive geführt. Die Nachfrage nach akademisch und beruflich Ausgebildeten ist in den Unternehmen tendenziell gesunken. Dieses Wirtschaftsmodell hat auch den Wettbewerb zwischen den Unternehmen und die Innovationsfähigkeit behindert. Die De-Industrialisierung in Tunesien wurde defensiv, nicht offensiv gemanagt. Der Anteil der verarbeitenden Industrie am Bruttoinlandsprodukt und an der gesamten Beschäftigung ist seit 2011 weiter gesunken, aber Anreize für die Produktion von hochwertigen industriellen Gütern fehlen. Die steigende Arbeitslosigkeit, auch von Akademikern und Ingenieuren, ist sehr wesentlich durch das Versagen der Wirtschafts- und Industriepolitik verursacht.

### **Reindustrialisierung statt De-Industrialisierung – vier Ansätze**

Bei der internationalen Konferenz in Hammamet wurde deutlich, dass der tertiäre Ausbildungssektor für die Reindustrialisierung in Tunesien strategisch bedeutsam ist, aber dazu angebotsseitige und nachfrageseitige Anpassungen notwendig sind. Eine größere Nachfrage nach akademisch Ausgebildeten setzt vier Ansätze der Reindustrialisierung voraus. Erstens haben neben der verarbeitenden Industrie auch andere wichtige Wirtschaftssektoren (Landwirtschaft; Dienstleistungen, wie Tourismus, Logistik, Informations- und Kommunikationstechnik; Bergbau; Elektrizitäts- und Wasserversorgung) ein großes Potential für die Aufnahme von akademisch Ausgebildeten. Voraussetzung ist aber immer, dass wettbewerbsverzerrende Regulierungen und Beihilfen abgebaut und integrierte Wertschöpfungsketten aufgebaut werden. Derzeit ist ein überwiegender Anteil der akademisch Ausgebildeten im öffentlichen Dienst tätig, während in den anderen Sektoren deren Präsenz unterdurchschnittlich ausfällt. Dies hat auch mit der Staffelung der Lohnnebenkosten zu tun, die mit der Ausbildungsstufe erheblich ansteigen. Zweitens sind die Möglichkeiten der Industrieentwicklung in den Hinterland-Regionen besser auszuschöpfen, so durch Unternehmenskooperationen und Marktverflechtungen mit urbanen Zentren im Landesinneren und mit Wachstumszentren in Küstennähe. Auch dafür werden Akademiker gebraucht. Drittens kann die Reindustrialisierung gefördert werden, indem die Integration in globale Wertschöpfungsketten (Textilien, Elektrotechnik und Elektronik, Automobil- und Luftfahrtkomponenten, Gesundheit und Pharmazie, Tourismus, Nahrungsmittel, Bergbau) vertieft und produktiver gestaltet wird. Viertens müssten die Möglichkeiten des „grünen Wachstums“ besser ausgeschöpft werden (etwa durch Wertschöpfungsketten in den Bereichen organische Landwirtschaft, Öko-Tourismus, Abfallwirtschaft, Wasserversorgung und erneuerbare Energien). In all diesen Bereichen werden Akademiker, Techniker und Facharbeiter gebraucht.



Beratung über das neue Masterprogramm an der ENIT in Tunis. © ENIT

Allerdings gibt es erhebliche Probleme auf der Angebotsseite. Die Curricula und die Studienorganisation an den Universitäten sind unzureichend auf die Bedarfe dieser Wirtschaftssektoren ausgerichtet. Es gibt große Ungleichgewichte zwischen dem Angebot der Universitäten und der Nachfrage der Wirtschaft. Die etablierten Ausbildungsprofile an den Universitäten und die von der Wirtschaft benötigten Berufsbilder klaffen zum Teil weit auseinander. Auch die Qualität der Ausbildung lässt zu wünschen übrig: Soft Skills (Fähigkeiten zur Team- und Projektarbeit, Praxiserfahrungen im In- und Ausland, Sprachkompetenzen) werden nur unzureichend vermittelt und gefördert. Zudem finden Anpassungen der Lehrinhalte an die Bedarfe der Wirtschaft nur verspätet oder gar nicht statt. Diese gravierenden Defizite werden noch durch zwei weitere Probleme verstärkt. Fachhochschulen mit Praxisbezug und praxisbezogene Studiengänge fehlen in Tunesien, und die Berufsausbildung ist unzureichend. Im Bereich der Berufsausbildung zeigen sich – trotz des ungedeckten Bedarfs der Wirtschaft an qualifizierten Arbeitskräften – sehr niedrige Graduierungsquoten und hohe Raten der Arbeitslosigkeit. All dies bedeutet, dass die

funktionale Verflechtung von Universitäten, Berufsschulen und Unternehmen grundsätzlich neu gestaltet werden muss.

### **Kurswechsel hin zu Innovationen notwendig**

Die Vernetzung des tertiären Ausbildungssystems mit anderen zentralen Polen des Nationalen Innovationssystems (NIS) ist in Tunesien unzureichend. Die öffentlichen Forschungseinrichtungen kooperieren mit den Unternehmen kaum. Die öffentliche Finanzierung der zahlreichen staatlichen Forschungsinstitute weist gravierende Ineffizienzen auf; gemeinsam mit den Unternehmen finanzierte Projekte fehlen. Die Unternehmen selbst investieren weniger als 0,2 Prozent des Bruttoinlandsproduktes in Forschung und Entwicklung. Es gibt kaum Anreize, Brückeninstitutionen zwischen Bildung, Wissenschaft und Unternehmen aufzubauen. Private Unternehmen bekommen von den (teils staatlichen) Finanzinstituten nicht genügend Kredite, um innovative Projekte zu finanzieren. Venture Capital ist in Tunesien kaum verfügbar. Arbeits-, sozial- und steuerrechtliche Bestimmungen behindern die Einstellung von akademisch Ausgebildeten für die Forschung und Entwicklung. Auch die Information über Nachfrage- und Angebotsbedingungen von qualifiziertem Personal ist schlecht organisiert. Die Pole des NIS sind daher nicht vernetzt, so dass die Effizienz des Innovationssystems insgesamt äußerst niedrig ist. Tunesien kann seine Einkommensposition aber nur halten, wenn anspruchsvollere Produkte produziert werden.

### **Weitere Ziele der Forschungsgruppe**

Die Forschungsgruppe „Afrikanische Entwicklungsperspektiven“ untersucht in ihren Jahrbuchausgaben (vgl. Wohlmuth et al. 2016) und in Sonderpublikationen (Bass 2015, Wohlmuth 2015) die komplexen Interaktionen von Innovations- und Beschäftigungssystemen in Tunesien. Diese Forschungen werden in Kooperation mit Universitäten, Unternehmen und Behörden in Tunesien durchgeführt. Ziel ist es, zur anstehenden Erarbeitung einer Nationalen Beschäftigungsstrategie für Tunesien beizutragen. Die Ergebnisse der Forschungen sollen allerdings auch mit den Parteien des Landes diskutiert werden, da diese für die weitere Demokratisierung von entscheidender Bedeutung sind. Die Reformbereitschaft differiert zwischen den Parteien, und in den meisten Parteien ist sie eher schwach ausgeprägt. Ein Dialog über die Forschungsergebnisse ist aber auf vielen Ebenen notwendig und im Projekt auch vorgesehen.

### **Weiterführende Literatur:**

1. Wohlmuth, Karl, 2015, Gelingen die Wirtschaftsreformen in Tunesien?, Der Handlungsbedarf betrifft alle Bereiche der Wirtschaftspolitik, S. 24-31, in: Zeitschrift „Berichte“, Oktober-Dezember 2015, 25. Jg., Nr. 209, ISSN 1022-3258, Berlin: Forschungsinstitut der IWW e. V.
2. Bass, Hans-Heinrich, 2015, Foreign direct investment in Tunisia: Performance, policies, prospects, in: International Business and Global Economy 2015, no. 34, pp. 34–49, Edited by the Institute of International Business, University of Gdansk.
3. Wohlmuth, Karl, Tobias Knedlik, Reuben A. Alabi, Achim Gutowski, Oyebanke Oyelaran-Oyeyinka, Editors, 2016, African Development Perspectives Yearbook, Volume 19, 2016/17, Theme: Africa's Progress in Regional and Global Economic Integration – Towards New Trade and Investment Policies, LIT Publishers, forthcoming.

*Der Autor:*



Prof. Karl Wohlmuth © privat

Karl Wohlmuth war von 1971 bis 2008 Professor für den Vergleich ökonomischer Systeme am Fachbereich Wirtschaftswissenschaft der Universität Bremen. Vorher war er am Institut für Höhere Studien in Wien, an der Johann Kepler-Universität Linz und an der Freien Universität Berlin tätig. Seine Forschungsgebiete sind: „Ökonomische Systeme im Wandel der Weltwirtschaft“ und „Afrikanische Entwicklungsperspektiven“. Er leitet an der Universität Bremen die Forschungsgruppe „Afrikanische Entwicklungsperspektiven“, die seit 1989 das „African Development Perspectives Yearbook“ herausgibt und Forschungs- und Beratungsprojekte durchführt. Er ist auch als Konsulent für internationale Organisationen tätig.